

6347/J XXV. GP

Eingelangt am 01.09.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten **Ing. Dietrich, Hagen**

Kolleginnen und Kollegen

an die **Bundesministerin für Inneres**

betreffend „**Asylpolitik: Mindestsicherung, Grundversorgung etc.**“

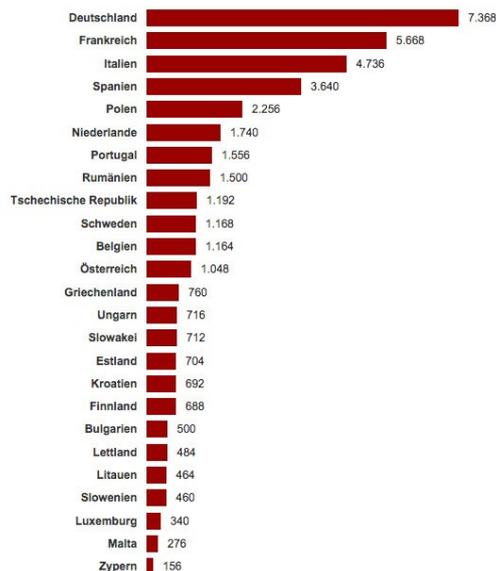
Der Flüchtlingsstrom in Europa ist in den letzten Monaten dramatisch angestiegen, die Staaten sind überfordert und reagieren mit der Sicherung ihrer Grenzen, um den Flüchtlingsdruck auf andere Staaten weiterzugeben. Ungarn etwa errichtet einen 175 km langen Zaun, um die Grenzen zu Serbien zu sichern, in der Schweiz wird diskutiert, die Grenzen vorübergehend zu schließen, da der Andrang von Asylsuchenden aus Italien zu hoch ist. Frankreich hat die Grenzübergänge bereits geschlossen und verstößt damit offen gegen das Schengen-Abkommen.

Laut EU-Migrationskommissar *Dimitris Avramopoulos* sollen Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedsländer gerechter verteilt werden. Darüber hinaus fordert er häufigere und schnellere Abschiebungen.

25. Juni 2015, Zeit Online

Verteilung der 40.000 Flüchtlinge nach EU-Quote

So viele Menschen müssten die Staaten aufnehmen, wenn in einem Notfallverfahren 40.000 Flüchtlinge (24.000 aus Italien und 16.000 aus Griechenland) nach einem Quotenschlüssel verteilt würden.



Grundlage der Quote: Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerungszahl, Arbeitslosenquote, bisherige Zahl der Asylbewerber und neu angesiedelte Flüchtlinge. Keine Teilnahme: Großbritannien, Irland und Dänemark

ZEIT ONLINE

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zwischen 2000 und 2014 haben die EU-Mitgliedstaaten, die Schweiz und Norwegen 11,3 Milliarden Euro für Abschiebungen ausgegeben, davon 1,6 Milliarden für Grenzschutzmaßnahmen. Laut Recherchen von *Migrants Files* machen Abschiebungen den größten Teil der europäischen Abschottungspolitik aus.

Immer wieder wehren sich Flüchtlinge gegen Abschiebungen und stellen damit die mit der Abschiebung beauftragten Stellen vor große Probleme, da die Anwendung von Gewalt bei Abschiebungen von der Öffentlichkeit nicht toleriert werden. Dies hat sich naturgemäß bei den Flüchtlingen herumgesprochen und im Internet kursieren bereits Anleitungen für die erfolgreiche Verhinderung von Abschiebungen.

Die Medien berichteten zuletzt öfter vom Fall „*Laila*“. Schon Tage vor dem Flug demonstrierten einige Freunde und Sympathisanten der Asylwerberin vor dem Polizeigebäude, einige davon begleiteten sie zum Flughafen und verteilten dort Flyer. Mit Erfolg: Die Afghanin, die aufgrund des *Dublin III*-Abkommens nach Bulgarien abgeschoben werden sollte, wehrte sich noch im Flugzeug gegen ihre Abschiebung, da sie ihrer Meinung nach auch in Bulgarien jene menschenrechtswidrigen Zustände vorfinden würde, vor denen sie einst aus Afghanistan geflohen ist. Die Fluggesellschaft Austrian Airlines nahm *Laila* nicht mit.

Die Frau Innenminister erwartet für heuer ca. 70.000 Flüchtlinge. Immer wieder gibt es Probleme, ausreichend Unterkünfte zu finden – Bund und Länder sind sich über eine gemeinsame Vorgehensweise uneinig, ein gemeinsamer Plan zur Lösung des Unterbringungsproblems existiert nicht. Vor allem in Traiskirchen führt dieser Platzmangel zu massiven Problemen:

„Laut Ministerium 500 Obdachlose im Lager Traiskirchen“ lautete die Schlagzeile im *Standard* am 29. Juni 2015

„Im Keller des Erstaufnahmezentrums würden etliche Zelte lagern, die man jedoch nicht aufstelle, hieß es vor Journalisten vergangene Woche. Im Ministerium widerspricht man dem nicht.“

„Asyl: Beamte suchen Containerplätze“, Die Presse am 29.06.2015

„Diese Woche wird getestet: Beamte aus dem Innenressort sind österreichweit unterwegs, um mögliche Unterkünfte für Flüchtlinge zu prüfen. Idealerweise wird nach fixen Unterkünften gesucht. Aber auch freie Flächen sind gefragt, in denen Container aufgestellt werden können.“

Auch Politiker äußern sich zu den derzeitigen Vorkommnissen und Zuständen in der EU:

Haslauer zu Asyl: „Hilfsbereitschaft nicht überdehnen“, berichtet *Salzburg24* am 25. Juni 2015

„Wir werden die Erfüllung der Quoten mit einem gemeinsamen Kraftakt schaffen. Aber wir dürfen unsere Hilfsbereitschaft nicht überdehnen“, betonte der Salzburger Landeshauptmann.“

„Man muss prüfen, wie viele Personen wir insgesamt aufnehmen können. Asylberechtigte haben volle Rechte hier, sie sind in der Mindestsicherung und bekommen Wohnbeihilfe, sind aber mangels Sprachkenntnisse schwer integrierbar und werden kaum mehr betreut.“

„Wir sind nicht in der Lage, das Elend der ganzen Welt in Österreich alleine zu schultern“, sagte Haslauer. Wenn es nicht bald eine gemeinsame europäische Lösung gebe, werde Österreich alleine die notwendigen Schritte setzen müssen.“

Nicht nur der Salzburger Landeshauptmann Haslauer ist beunruhigt, der Ansturm bringt auch die Sozialämter an ihre Grenzen, wie es die *Kronen Zeitung* am 29.06.2015 schreibt. Schon seit Monaten steigt die Anzahl der Anträge auf Mindestsicherung rasant an. Laut Landesvize

Christian Stöckl müsse Österreich das Sozialbudget erhöhen, um überhaupt die Grundversorgung und später die Mindestsicherung der Asylberechtigten aufrechterhalten zu können. Derzeit erhalten etwa 9.000 Bezugsberechtigte in Salzburg die Mindestsicherung, 1.480 von ihnen sind Flüchtlinge.

Die Stadt Salzburg stockte ihr Budget bereits um 95.000 Euro auf, um 500 Flüchtlingen Deutschkurse anbieten zu können - so sollten sie Grundkenntnisse erlangen und auch am Arbeitsmarkt vermittelt werden. Auch das AMS und das Land, das den Integrationsfonds auf mehr als eine Million Euro erhöht hat, versucht dasselbe.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die **Frau Bundesminister für Inneres** nachstehende

ANFRAGE

1. Wie viele Asylwerber leben derzeit in der Grundversorgung?
 - a. Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für diese Grundversorgung seit 2010? (Bitte um Auflistung nach Jahren und Monaten)
2. Wie viele Asylberechtigte leben derzeit in der Mindestsicherung?
 - a. Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für diese Mindestsicherung seit 2010? (Bitte um Auflistung nach Jahren und Monaten)
 - b. Wie lange wird die Mindestsicherung im Durchschnitt bezogen?
 - i. Wie wird gewährleistet, dass die Bezugsdauer so gering wie möglich gehalten wird?
3. Wie viele von den aktuell Asylberechtigten sind schon einmal einer Arbeit nachgegangen, bevor sie Mindestsicherung, sowie sonstige Sozialgelder erhielten?
 - a. Auf welche durchschnittliche Dauer belief sich diese Erwerbstätigkeit?
 - b. Wie viele der Asylberechtigten wurden sofort nach dem positiven Bescheid im Arbeitsmarkt integriert?
4. Wie viele von den asylberechtigten Mindestsicherungsbeziehern halten sich derzeit im Ausland auf? (Auflistung bitte nach Staatsangehörigkeit)
5. Müssen Asylberechtigte Sprachkurse absolvieren?
 - a. Wenn ja, wie viel Geld wird dafür seit 2010 monatlich verwendet?
 - b. Wenn nein, wie wird überprüft, ob genügend Sprachkenntnisse vorhanden sind, um Asylberechtigte am Arbeitsmarkt zu integrieren?
6. Wie wird sichergestellt, dass Asylberechtigte integriert werden?
 - a. Werden zusätzlich Gelder dafür verwendet, um Kindern und Jugendlichen zum Beispiel Sportkurse, die Erlernung eines Musikinstrumentes etc. zu finanzieren?
7. Wie viele Familienangehörige kommen im Durchschnitt pro positivem Asylbescheid nach Österreich?
8. Gibt es Fälle, in denen eine Familienzusammenführung auf Kosten des Staates erfolgte? Wenn ja, wie viel kosteten diese?

9. Wie viel Nachzug gab es seit 2010? (Bitte um Auflistung nach Staatsangehörigkeit und Jahr.)
10. Wie viele anerkannte, subsidiär Schutzberechtigte leben derzeit in Österreich?
 - a. Wie hoch sind die Kosten, die für diese anfallen? (Bitte um Auflistung nach Staatsangehörigkeit und Monat)